

SPD-Fraktion im Kreistag München Land

Herrn Landrat Christoph Göbel  
Mariahilfplatz 17  
81541 München

Ottobrunn, 26. November 2021

## **Antrag auf Absenkung der Kreisumlage auf 45,5%.**

Sehr geehrter Herr Landrat Göbel,

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt:

Der Kreistag möge beschließen, die Gemeinden durch eine Absenkung der Kreisumlage auf 45,5% spürbar zu entlasten.

Begründung:

Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf macht es sich der Landrat zu leicht. Die sich verändernde Lage verlangt ein Zeichen der Solidarität gegenüber den Kommunen. Die finanziellen Spielräume für eine Umlagesenkung sind vorhanden:

1. Die Einnahmen sind so hoch wie noch nie.
2. Durch den auslaufenden Solidarpakt fließen dem Landkreis München ca. 24 Mio. Euro an zusätzlichen finanziellen Mitteln zu, dies entspricht knapp 1,8 Kreisumlagepunkten.
3. Der Haushalt ist traditionell großzügig bemessen, für 2021 wird im aktuellen Forecast ein Überschuss von mehr als 20 Mio. Euro gegenüber dem Ansatz ausgewiesen. Wegen des Fachkräftemangels ist es unwahrscheinlich, dass sich die im Stellenplan ausgewiesenen Stellen annähernd in der geplanten Form besetzen lassen. Eine um 10 Mio. Euro vorsichtiger angesetzte Planung erlaubt eine Reduzierung der Kreisumlage um 0,7 Punkte.

Stand heute möchte der Landrat das neu erworbene Bürogebäude zu großen Teilen aus den laufenden Einnahmen bezahlen. Dieser Ansatz ist aus zwei Gründen falsch:

1. Weniger Schulden beim Landkreis bedeuten mehr Schulden bei den Kommunen. Warum soll der Landkreis sein Bürogebäude aus der Portokasse bezahlen, während für die Sanierung von Grundschulen Kredite aufgenommen werden müssen?
2. Die Realzinsen waren noch nie so niedrig wie heute und liegen momentan zwischen -4% und -5%. Selbst bei einem Absinken der Inflationsrate auf den EZB-Zielwert von 2% Prozent, läge der Realzins für die Kreditfinanzierung des Gebäudes zwischen -1,5% und -2%. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Kaufpreis über die Zeit sinkt. Warum soll man ein Gebäude heute teuer bezahlen, wenn man es morgen günstiger bekommt?

Wie wichtig ein Zeichen der Solidarität gegenüber den Kommunen ist, zeigen nicht nur aktuelle Zeitungsberichte über soziale Einschnitte in den Kommunen (wie jüngst das Absenken der Vereinszuschüsse in Haar), sondern auch ein schonungsloser Blick auf die sich abzeichnende wirtschaftliche Lage:

1. Die Inflation ist heute fast fünf Prozentpunkte höher als im Vorjahr, massive Lieferengpässe bremsen die wirtschaftliche Erholung und die Pandemie ist mit Wucht zurück. Für die Kommunen sind die Aussichten auf 2022 sehr viel schlechter als noch vor wenigen Wochen, die Gewerbesteuereinnahmen dürften in den allermeisten Fällen geringer ausfallen als geplant.
2. Während ihre Einnahmen unsicher sind, wissen die Gemeinden auf den Cent genau, dass sie im kommenden Jahr so viel Geld an den Landkreis zahlen müssen wie noch nie. Für die komfortable Situation des Landkreises verantwortlich sind u.a. die Überbrückungshilfen für Unternehmen sowie die Gewerbesteuererstattung an die Kommunen in 2020 und 2021. Deren Fortsetzung ist ungewiss. Bei den Überbrückungshilfen warnen Wirtschaftsvertreter bereits vor zunehmender Zweckentfremdung und dem damit verbunden Risiko von Blasenbildung und Insolvenzen.
3. Im schlimmsten Fall müssen die Gemeinden so hohe Ausgaben an den Landkreis leisten wie noch nie, bei gleichzeitig erheblich niedrigeren Einnahmen als geplant. Eine spürbare Senkung der Kreisumlage würde diesen Effekt dämpfen.
4. Die als Gegenargument vorgebrachten Anstrengungen des Landkreises beim Ausbau der weiterführenden Schulen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hauptlast der Bildungsinvestitionen bei den Gemeinden liegt. Krippen, Kindergärten, Grundschulen und Mittelschulen fallen vollständig in ihre Zuständigkeit. Beim Bau von Realschulen und Gymnasien tragen sie – ein bayernweites Unikum – 30% der Baukosten. Zusätzlich haben sie das Grundstück einzubringen.
5. Hinzu kommt: Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ist nicht damit zu rechnen, dass der Freistaat in vollem Umfang für die entstehenden Kosten aufkommen wird. Entsprechend werden auch hier die Kommunen gefordert sein.

Aus den genannten Gründen ist eine Senkung der Kreisumlage finanziell möglich und inhaltlich geboten.

gez. Florian Schardt  
Fraktionsvorsitzender

Dr. Alexander Greulich  
Stv. Vorsitzender